



Für die Nahwärmeverorgung in Heubach fand nach der nun abgeschlossenen Planung am Freitag der Spatenstich für die Bauarbeiten statt.

Seite 25



Bürgermeister Rembold informiert über die Baumaßnahmen auf dem Waldstetter Friedhof und den offiziellen Baubeginn.

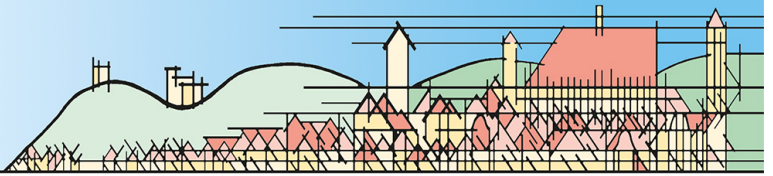
Seite 29



Besuche im Altenheim sind auch in der Coronakrise möglich – beweist Familie Müller vor dem Alexanderstift in Lorch.

Seite 31

Schwäbisch Gmünd und Ostalbkreis



„Wir mussten da was unternehmen“

Ortsvorsteher Johannes Weiß zur neuen Verkehrsführung am und rund um den Kirchplatz / Noch viele Falschfahrer

Die in dieser Woche eingeführte Einbahnstraßenregelung mit den vielen neuen Verkehrsschildern im Bereich Kirchplatz, Prager Weg und Karlsbader Straße ist noch sehr gewöhnungsbedürftig. Das zeigen viele Falschfahrer und Diskussionen anlässlich des gestrigen Wochenmarkts in Rehnenhof-Wetzgau.

Von Heino Schütte

GMÜND-WETZGAU. Wie bereits gestern berichtet, gibt es seit dieser Woche eine neue Einbahnstraßenregelung, um den Verkehrsknoten Kirchplatz in Rehnenhof-Wetzgau zu entzerren. Aus Richtung Westen (Willy-Schenk-Straße) kann das Geschäfts- und Schulzentrum des Stadtteils nur noch über die Karlsbader Straße anfahren und sozusagen „ums Stöckle“ von dort über den Prager Weg wieder abfahren werden. Aus Richtung Osten (Obere Halde) bleibt die Zufahrt über die Karlsbader Straße mit der neuen Einbahnstraßenregelung möglich.

Eine direkte Zuwegung zu den Kundenparkplätzen der Kreissparkasse gibt es nur noch aus Richtung Süden über den Rübzahlweg. Die Durchfahrt im südlichen Kirchplatzbereich ist gesperrt. Ausnahmen zumindest für Fahrradfahrer gibt es bislang nicht.

Ortsvorsteher zeigt sich von den Verbesserungen überzeugt

Aufgrund der neuen Einbahnstraßen, die wie ein großes Ringsystem wirken sollen, müssen die Verkehrsteilnehmer meist längere Wegstrecken in Kauf nehmen. Beim gestrigen Wochenmarkt auf dem Kirchplatz erlebten die in der Bevölkerung nicht umstrittenen Regelungen ihre Bewährungsprobe. Der Gewohnheit folgend und aufgrund der Verwirrung durch die vielen neuen Tafeln, gab es viele Falschfahrten und Missachtungen der neuen Ausschilderungen. Dazu wurden auch Diskussionen zwischen den Verkehrsteilnehmern geführt, die sich auch gegenseitig mit Hinweisen halfen, um mit den neuen Einbahnstraßen zurecht zu kommen. Ein Teil der Autofahrer zeigt



Die neuen Verkehrsregelungen der „Ums-Stöckle-Lösung“ rund um den Kirchplatz im Stadtteil Rehnenhof-Wetzgau sind für viele Verkehrsteilnehmer noch stark gewöhnungsbedürftig. Foto: hs

sich völlig überrascht angesichts des nicht ganz einfach zu verstehenden Schilderwalds.

Im Gespräch mit der Rems-Zeitung erinnerte Ortsvorsteher Johannes Weiß allerdings an ausführliche Beratungen und schließlich Beschlussfassung in öffentlichen Sitzungen des Ortschaftsrats. „Wir mussten da etwas unternehmen“, so betont der Wetzgauer Ortsvorsteher zu dieser Maßnahme. In den letzten Jahren seien die Verkehrsverhältnisse am Kirchplatz und in den angrenzenden Straßen immer kritischer geworden. Ziemlich wild sei geparkt worden. Es hätten sich in diesem Durcheinander auch schon etliche Rangierunfälle ereignet. Man habe mit der Entscheidung für die Einbahnstraßenregelungen letztendlich auch auf Klä-

gen von Bürgern reagiert. Er, Weiß, sei überzeugt, dass es sich bei dieser Neuordnung der Verkehrsabläufe um eine gute und letztendlich übersichtliche Lösung handle. Er bat die Kritiker, jetzt einfach mal abzuwarten, bis sich alle an die neuen Einbahnstraßen gewöhnt haben. Die vielbeklagte Situation beim Wochenmarkt- und auch beim Schulbetrieb werde sich ganz gewiss nun entspannen.

22 neue Verkehrsschilder seien aufgestellt, andere dafür bisherige demontiert worden. Statt verkehrsberuhigten Bereichen (Anwohner-/Spielstraßen) sei nun entlang der Friedenschule eine Tempo-30-Zone eingeführt worden. Verkehrsrechtlich habe dies den Vorteil, dass am Rand dieser Straße nun legal geparkt werden dürfe. Die Fußwege zur Kreis-

sparkasse seien kaum länger geworden und zumutbar, zumal die Tage des KSK-Standorts am Kirchplatz eh gezählt seien.

Die Kreissparkasse will sich voraussichtlich im Zusammenhang mit Planung und Bau einer neuen Wetzgauer Dienstleistungszentrum gegenüber des Rewe-Markts neu orientieren.

Ortsvorsteher Johannes Weiß berichtet, dass auch schon die Idee durchgespielt worden sei, den Wochenmarkt vom engen Kirchplatz auf den verkehrsgünstiger gelegenen und mit reichlich Parkplätzen ausgestatteten Festplatz am Himmelsgarten zu verlegen. Dies sei jedoch nicht möglich, weil für einen Wochenmarktbetrieb lebensmittelrechtlich ein fester, asphaltierter oder gepflasterter Platz vorgeschrieben sei.

Ehrenamtliche Näherinnen am Werk

Ausgabe von Schutzmasken gegen eine Spende am Montag an der Friedenschule

GMÜND-WETZGAU (pm). Ab kommenden Montag ist von der Landesregierung beim Betreten von Ladengeschäften und öffentlichen Verkehrsmitteln das Tragen von Schutzmasken angeordnet.

Für Schülerinnen und Bürger aus dem Stadtteil Rehnenhof-Wetzgau, die noch keine Maske kaufen oder selbst herstellen konnten, werden am Montag, 27. April, ab 16 Uhr gegen eine Spende Masken verteilt. Möglich wird dies durch eine ge-

meinsame Nähaktion von Helferinnen und Helfern der Bürgerhilfe Rehnenhof-Wetzgau, des Caring Points, des Generationenbüros und des Eine-Welt-Teams der katholischen Kirchengemeinde.

Die Schutzmasken werden zum genannten Termin im Außenbereich des Haupteingangs zur Friedenschule verteilt. Da es bei der Ausgabe der Masken zu Staus kommen könnte, werden die Bürgerinnen und Bürger vorsorglich ge-

beten, eigenverantwortlich die bekannten Sicherheitsabstände einzuhalten.

Käthe Prinzes, Margret Wurst, Nikola Glania und Lydia Wunsch sind als ehrenamtliche Maskenäherinnen besonders engagiert. Die Initiatorinnen und Näherinnen haben vor, mit den Spendengeldern der Masken-Aktion Mitarbeiterinnen von Pflegeheimen ein sichtbares Zeichen des Dankeschöns und der Anerkennung zu kommen zu lassen.



Auch im Stadtteil Rehnenhof-Wetzgau werden ehrenamtlich Schutzmasken genäht. Foto: pr

Wenn Prostituierte aussteigen wollen

Marietta Hagoney von Solwodi betreut eine Wohnung in Schwäbisch Gmünd für betroffene Frauen

SCHWÄBISCH GMÜND (mia). Prostitution gibt es überall – die Ostalbi ist keine Ausnahme. Was passiert mit den Frauen, die aussteigen wollen? Marietta Hagoney von Solwodi betreut eine Wohnung in Schwäbisch Gmünd.

Im Moment sind die Bordelle leer. Während der Coronakrise sind die Frauen in ihre Heimatländer gereist. Oder, wie Marietta Hagoney von Solwodi Baden-Württemberg es formuliert: „Sie wurden zurück gekarrt.“

Doch schon vor dem Ausbruch der Krise hat Solwodi sich um die Frauen gekümmert, die aussteigen wollten. Und zu diesem Zweck seit Anfang Februar eine Aussteigerinnenwohnung in Schwäbisch Gmünd gemietet.

„Die Frauen sind gerade dabei, Fuß zu fassen“, berichtet Hagoney, die die Gmünderinnen und deren Kinder betreut. Dabei sei das keine Schutzwohnung, betont sie. Der Unterschied zwischen beiden Konzepten ist, dass die Frauen so weit sein sollten, sich selber zu versorgen. Arbeiten, Essen kaufen, Miete zahlen – letzteres zunächst mit Unterstützung durch Spenden von Solwodi. „Das ist schon der nächste Schritt“, sagt Hagoney. Diese Frauen haben schon ent-

schieden, dass sie raus wollen, waren in einer Schutzwohnung und haben es geschafft, sich von ihrem Zuhälter zu trennen. Dabei ist das gar nicht so einfach. Denn die Zuhälter haben in vielen Fällen die Oberhand über die Finanzen der Frauen. „Eine Prostituierte zahlt 25 Euro



„Unsere Gesetzeslage ist die ideale Plattform für die organisierte Kriminalität“

Marietta Hagoney

Steuern täglich, außerdem 160 Euro pro Zimmer am Tag.“

Sie seien in keinem Hilfesystem, haben kein Anrecht auf Sozialleistungen. Denn dafür müsse eine Arbeitsstelle von mindestens sechs Monaten in Deutschland nachgewiesen werden.

Nach Frauen also aussteigen wollen, biete Solwodi die Möglichkeit, erst mal zwei bis drei Monate Luft zu holen in einer Schutzwohnung. Nach ein bis zwei Monaten sollten die Frauen aber in der

Lage sein, selber zu arbeiten. Das seien dann meist Stellen als Putzhilfen. In Praxen, Haushalten oder Schulen. Aber gerade letzteres sei schwer in der Coronazeit. Ebenso, eine passende Wohnung zu finden. Im Fall der Gmünder Aussteigerinnen habe man Glück gehabt. Aber viele Vermieter haben Vorbehalte. Daher sei der Verein ständig auf der Suche nach passenden Wohnungen.

Prostitution sei noch immer ein großes Tabu und ihrer Erfahrung nach existieren viele falsche Vorstellungen zu diesem Thema in den Köpfen der Menschen. Am 14. März sind 60.000 Frauen gleichzeitig an der Grenze zu Rumänien angekommen, berichtet Hagoney. „Sie wurden in Transportern dorthin gefahren – wieder einmal ein Beweis, dass keine dieser Frauen ohne Zuhälter arbeitet.“ So viel zum Thema „sexuelle Dienstleistung“, die freiwillig erbracht werde.

Immer würden die Argumente aufgeführt, ein Sexkaufverbot würde die Prostitution in die Illegalität und damit in den Untergrund führen. „Nein, denn da ist sie schon längst angekommen. Unsere Geset-

zeslage ist die ideale Plattform für die organisierte Kriminalität.“

Dass mit der Schließung der Bordelle die Vergewaltigungsrate ansteige, sei ihrer Meinung nach eine Fehlannahme. Denn das würde im Umkehrschluss bedeuten, dass jeder Mann, der nicht die Möglichkeit habe auf normalem Weg Sex zu haben, ein potenzieller Vergewaltiger sein. Dem könne sie nicht zustimmen: „Männer sind per se keine Triebtäter“, ist Hagoney überzeugt.

Anstatt Ausstiegshilfen zu schaffen und einfach die Nachfrage zu stoppen, fordern viele Verbände mehr Sozialarbeiterinnen, die die Frauen in der Prostitution betreuen, berichtet Hagoney. „Das ist der falsche Weg. Ein Angebot schafft Nachfrage.“ Und durch Corona werde bewiesen, dass es auch ohne gehe.

Durch die Krise bestehe jetzt eine große Chance, auf diesem Markt eine Wende herbeizuführen. „Man muss helfen, dass ein Ausstieg zu guten Bedingungen funktionieren kann.“

■ Wer Solwodi in dieser Arbeit unterstützen möchte, kann spenden an Kreissparkasse Ostalbkreis, IBAN: DE45 6145 0050 1001 0218 12, BIC: OASPD66XXX



Anstand vor Animositäten

Dass diese Zeit eine mehr als ungewöhnliche ist, haben inzwischen fast alle begriffen. Die meisten Menschen sind durch die immensen Veränderungen ihres bisherigen Lebens, durch eine nicht mehr zu erfassende Flut an Informationen durch zahllose oft unsägliche Theorien, durch knallharte Lügen und auch durch ständig wechselnde Regelungen verunsichert. Viele Fragen bleiben unbeantwortet. Zu neu ist die Situation, zu groß die Notwendigkeit schneller Maßnahmen und zu unvorstellbar, was danach sein wird.

Am Liebsten wollen doch alle wieder ihr Leben zurück haben. Doch die Pandemie ist Fakt. Corona ist kein Fake. Zahllose kranke Menschen und viele Tote sind traurige Realität. Damit müssen weltweit Milliarden von Menschen umgehen lernen. Rund um den Globus werden harte Maßnahmen ergriffen, um die Menschen so gut wie möglich zu schützen. Dass es jetzt nicht um die Wünsche und Vorstellungen jedes Einzelnen geht, müsste klar sein. Doch während die einen versuchen, alles zu tun, um die Situation so wenig wie möglich eskalieren zu lassen, jam-

mern andere über ihre schlimme persönliche Lage. Obwohl diese Lage zur Zeit für alle in Dorf und Stadt, Kreis und Bundesland in Deutschland und auf der ganzen Welt schlimm ist. Nicht überall gleich schlimm. Zugegeben. In manchen Ländern führt der Lockdown zu einer unfaßbaren Massenarmut und Hungersnot. In anderen sterben viele Menschen, weil es kein funktionierendes Gesundheitssystem gibt. In vielen Ländern regeln Diktatoren oder das Militär, was die Menschen widerspruchslos zu tun haben.

Bei uns wird demokratisch beschlossen, was für die Bevölkerung getan werden muss, was getan werden kann. Doch das wiederum ist vielen nicht demokratisch genug. Jeder will hier mitreden, mitbestimmen. Allzuvielen machen sie an, alles besser zu wissen. Mal sind die Maßnahmen unnötig, mal zu hart. Mal reicht die finanzielle Hilfe nicht aus, mal wird zu viel gezahlt.

Der Blick über den Tellerrand scheint sich derzeit jedoch auf den Nachbarn zu fokussieren, der Besuch empfangt oder auf Jugendliche, die sich irgendwo treffen oder auf alte Menschen, die auf dem Wochenmarkt ein Schwätzle halten. Kleinkariert im Kleinen auf die Regeln achten, aber großzügig jede Anordnung kritisieren scheint die Devise zu sein. Warum ist es in einer so angespannten Zeit nicht möglich, denen, die die Verantwortung tragen, die gewählt wurden um dieses Land zu regieren, einfach mal zu vertrauen, dass sie nach bestem Wissen und Gewissen handeln. Ihnen zuzugestehen, dass auch sie Entscheidungen treffen, die sie dann wieder revidieren müssen. Dass sie Fehler machen in einer Situation, in der auch sie immer wieder umdenken und dazulernen müssen.

Es ist einfach nicht die Zeit für endlose Diskussionen, ob Entscheidungen richtig oder falsch sind. Es ist eine Zeit, in der akzeptiert werden muss, dass Demokratie nicht nur aus Rechten besteht, sondern auch aus Pflichten. Es ist eine Zeit, in der Entscheidungsträger eine ungläubliche Vielzahl an Aspekten in ihren Beschlüssen beachten müssen – in einer Situation, die es bisher noch nie gab.

Es ist nicht möglich alle jetzt wieder in die Normalität zu schicken, und es ist unanständig, alle alten Menschen wegsperrern zu wollen. Es ist nicht machbar, alle finanziellen Einbußen aus Steuern abzudecken. Infektionen können nicht auf null reduziert, das Sterben von Menschen nicht verhindert werden. Doch jeder einzelne kann seinen Teil dazu beitragen, diese Zeit erträglich zu machen, indem er sich als Individuum weniger wichtig nimmt und stattdessen versucht, sich in die Situation der anderen einzufühlen. Indem für eine begrenzte Zeit Regeln einfach nur befolgt werden, weil wir keine besseren haben. Indem Solidarität nicht nur ein vielgepriesenes Schlagwort in den Medien ist, sondern spürbar im Alltag. Indem Anstand und Respekt voreinander vor persönlichen Animositäten stehen. **Clara**